

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

214 (14.9.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 60 Pf., Postbezug monatlich 60 Pf., 50 Pf., Einzelnummer
und Belegblatt 3 Pf.



Preis für die Kleinspaltene Millimeterzeile 1 Pf., Reklamemilli-
meterzeile 4 Pf., Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor nach
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorchriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 214.

Donnerstag den 14. September 1922.

93. Jahrgang.

Kurze Tagesübersicht.

Die belgische Forderung auf Goldhinterlegung für die zwei fälligen Schatzwechsel von je 50 Millionen Goldmark wird die Reichsregierung ablehnend beantwortet.
Bei den Völkerverhandlungen in Genf über die Abrüstungsfrage ist der französische Standpunkt durchgedrungen. Man nahm Grundsätze über Garantieverträge an.
Die britische Regierung fordert die Alliierten auf, gemeinsam die Neutralität Konstantinopels zu verteidigen. Der Regierung von Angora wurde die Beachtung der neutralen Zone von Konstantinopel und den Meerengen zur Pflicht gemacht.
Die neue Postgebührenerhöhung wurde vom Reichsrat genehmigt.

Die Zuspitzung der Wirtschaftslage.

Es heißt nur den Tatsachen nüchtern ins Auge zu sehen, wenn man die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse, in die das deutsche Volk nur allmählich hineingerät, mit einer namenlosen Verleumdung und Verarmung kennzeichnet. Keine Regierung in Deutschland wird diese zwangsläufige Entwicklung völlig bannen können, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Politik der Reichsregierung diesen Verhältnissen immer gerecht wurde. Aber man darf den Männern der Reichsregierung und auch den parlamentarischen Vertretern des deutschen Volkes nicht absprechen, daß sie den guten Willen haben, alles zu tun, um dem Niedergang in Lebenshaltung, Ernährung und Wirtschaft Einhalt zu tun. Im Ziele sind sie alle einig, aber in den Wegen und der Abmessung des Möglichen und Erreichbaren trennen sich die Geister. Es ist die politische Einstellung, die Politik, die sich erschwerend auf alle die legt, die mit blutendem Herzen die Katastrophe über das deutsche Volk hereinbrechen sehen.
Was könnte da helfen? Man sagt eine starke Führerpersönlichkeit, ein Mann im vollsten Sinne des Wortes, der die politischen Phantasten aller Richtungen einen und um sich scharen könnte. Er fehlt uns und er wird uns solange fehlen, solange nicht im deutschen Volke die Erkenntnis unserer Lage voll zum Bewußtsein kommt. Solange nicht jenes elementare Gefühl des nationalen Verbundenheits auf Geduld und Verdrerb zur Richtschnur des Einzelnen wie des ganzen Volkes wird, solange nicht die Erkenntnis um geistigen Allgemeinut gehört, daß der verlorenen Krieg und der Versailler Friede diese ganze Entwicklung herbeiführten, die durch eine Staatsumwälzung zur ungünstigsten Zeit beschleunigt wurde.

Von der schweren Sorge um unsere Wirtschaftslage sind alle Berufsstände und Bevölkerungsklassen in verschiedenster Abstufung gleich erfüllt. Die täglichen Besprechungen der Träger der Regierungsgewalt, des Reichspräsidenten, des Reichsfinanzministers und des Reichs- und Landesministers mit Berufsorganisationen legen davon Zeugnis ab. Auch die deutschen Städte werden in einer Sonbertagung am nächsten Sonntag in München zur wirtschaftlichen Notlage Stellung nehmen. Reichspräsident Ebert, der Reichswirtschafts- und Ernährungsminister haben in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern gehabt, wobei wenigstens mitgeteilt werden konnte, daß bei entsprechender Ablieferung des Umlagegetreides und den Zufäufen von Auslandsgetreide die Volksernährung bis zum Frühjahr 1923 sichergestellt sei.

Im übrigen wurde bei allen diesen Verhandlungen hauptsächlich die Finanznot und der Niedergang der Marktwährung erörtert. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß währungs- und politische Maßnahmen für die Milderung der Geld- und Kreditnot und eine schärfere Kontrolle des Devisenverkehrs zur Zeit mit den zuständigen Stellen erörtert würden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtete an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe, in der es heißt: „Seit einiger Zeit nehme im deutschen Inlandsverkehr die Verwendung von Auslandsbaluta als Berechnungsgrundlage der Verkaufspreise und als Zahlungsmittel einen gewaltigen Umfang an. Die Verwendung der Auslandswährung wird mehr und mehr üblich bis in den Kleinhandel hinein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von der Reichsregierung den schleunigen Erlass einer Verordnung, die die Verwendung der Auslandswährung im Inlandsverkehr unterbindet.“

Die neuen Maßnahmen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gegen die ungewöhnliche Verwendung von Gerste, Zucker und Obst sind bereits in Wirkung getreten. Aber auch ein-

zelne Berufsstände, die besonders hart getroffen sind, haben Vorstellungen bei den Reichsstellen erhoben. Der Reichspräsident hat den Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger empfangen, um über die Notlage der Presse und die zu ihrer Viderung geeigneten Maßnahmen zu beraten. Eine Konferenz zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Handwerk steht bevor.

So strömt aus tausend Quellen die deutsche Wirtschaftsnöte bei den verantwortlichen Männern in Reich und Land zusammen. Bepfehlungen und Beratungen sind gut; aber sie nützen nur dann, wenn daraus hervorzunehmen die Tat und der feste Entschluß, der schon weit vorgeschrittenen Entwicklung in die Arme zu fallen, durch, wenn auch harte Maßnahmen, ein Halt zu gebieten: Bis hierher und nicht weiter!

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 13. Sept.

Es läßt sich nicht kontrollieren, inwieweit die Nachrichten zutreffen, die von lebhaften Anstrengungen politischer und finanzieller Gruppen in den Entente-Ländern sprechen, noch in der kurzen Frist bis zum 15. September eine Lösung der Garantieforderung zu finden, die dem belgischen Standpunkt Rechnung trägt, ohne der deutschen Regierung die Auslieferung von Gold der Reichsbank zu ermöglichen. Man spricht von einem Plan, wonach eine englisch-holländische Finanzgruppe bei der Belgischen Nationalbank jene Sicherheit hinterlegen soll, welche die Brüsseler Regierung von Deutschland in Form eines Golddepots fordert.

Berlin, 13. Sept.

Wenn auch an der Möglichkeit der Lösung über die Entscheidung des Ministerrats, welche die offizielle Agence Belge verbreitet hat, nicht mehr zu zweifeln ist, so hat doch die der Teilkonvention an amtlicher Stelle mitgeteilt wird, die deutsche Regierung zu der getroffenen Entscheidung noch keine Stellung nehmen können, weil die offizielle Stellungnahme der belgischen Regierung in Berlin noch nicht vorliegt. Man erwartet, daß noch im Laufe des heutigen Abends eine hierzu bezügliche belgische Note im auswärtigen Amt eingeht wird. Das Kabinett wird sich dann sofort an dieser Entscheidung beteiligen. In der Forderung nach Hinterlegung einer bestimmten Goldsumme in der Belgischen Nationalbank wird erneut an amtlicher Stelle versichert, daß dieses Verlangen für die deutsche Regierung völlig unüberwindlich sei. Es trifft nicht zu, daß wie ein Morgenblatt berichtete, zwischen den Staatssekretären Fischer und Bergmann und der Reparationskommission andererseits bereits Besprechungen geführt werden. Die beiden Herren halten sich vorläufig in Paris auf, um der Reparationskommission jederzeit zwecks Ausnahmiserklärung zur Verfügung zu stehen.

Paris, 13. Sept.

Das dem früheren Außenminister Loucheur nahestehende „Petit Journal“ meldet aus Brüssel, daß in dortigen Regierungskreisen es als verfrüht bezeichnet werde, von vollkommener Ablehnung der Verhandlungen mit Deutschland zu sprechen. Die belgische Note an Deutschland bedente eine Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland. Das „Petit Journal“ glaubt zu wissen, daß auch die Bank von England Belgien genehm wäre. Allenfalls könnte sogar eine Sicherstellung der hundert Millionen bei der deutschen Reichsbank selbst in Frage kommen.

Berlin, 13. Sept.

Die deutsche Antwort, die in ablehnendem Sinne erfolgen wird, wird beschlossen und abgesandt, wenn die schriftliche Note über die Entscheidung der belgischen Regierung vorliegt. Diese ist bis zur Stunde noch nicht eingetroffen. So ist auch noch nicht festgelegt, ob die entscheidende Kabinettsitzung heute oder erst morgen stattfinden wird.

Die neue Erhöhung der Postgebühren im Reichstags-Ausschuß.

Berlin, 13. Sept. Im Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten wurde heute die vom Reichspostministerium vorgeschlagene neue Gebührenerhöhung besprochen. Reichspostminister Giesberts führte dazu aus, daß bei allen Gattungen von Postsendungen die Möglichkeit weiterer Gebührenerhöhungen auch dann bestände, wenn man die Reichspost nicht als finanzpolitisches Institut auffasse, sondern als eine Einrichtung, die dem Verkehr und dem Allgemeinwohl dienen solle. Die Zulieferung, die in maßvollen Grenzen gehalten war, habe keinen wesentlichen Einfluß auf den Verkehr ausgeübt. Unter dem Einflusse der schnell fortschreitenden Geldentwertung werde das Publikum aber auch jetzt Verfahrnisse für die Notwendigkeit der abermaligen Erhöhung zeigen. Eine Erhöhung um durchschnittlich 100 Prozent werde

für notwendig gehalten und erscheine tragbar. Im übrigen werde die Verwaltung sparen, wo es möglich sei u. a. würden allmählich 15 bis 16 000 Beamten an andere Reichsverwaltungen übergeführt. In der Abstimmung wurde darauf eine Entschließung angenommen, der zufolge für den Bezug von Tageszeitungen durch die Post die vierteljährliche Bestellung und Einziehung des Bezugspreises durch eine monatliche ersetzt werden solle. Die erhöhten Tarife der Postkarten, Briefe und der Fernsprechgeldern wurden angenommen.

Berlin, 12. Sept. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht eine Verordnung über Lebensmittel vom 8. September 1922, nach der mit sofortiger Wirkung bestimmt wird, daß bis auf weiteres inländischer Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likören und Schaumweinen nicht mehr geliefert und verwendet werden darf. Auch die Erfüllung etwaiger noch laufender Verträge über Lieferung von Inlandszucker für diese Zwecke ist verboten. Die Herstellung von Bier wird eingeschränkt, die Herstellung von Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 v. H. verboten. Es ist ferner angeordnet worden, daß Vollbier (9-13 v. H. Stammwürzegehalt), soweit es mehr als 10 v. H. Stammwürzegehalt hat, nur bis zur Höchstmenge von einem Viertel des gesamten Ausstoßes der einzelnen Brauereien in einem Jahre hergestellt werden darf. Die Herstellung von Branntwein aus Obst ist ebenfalls verboten worden. Obst, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist, kann zur Verarbeitung zu Branntwein im Ausnahmeweg zugelassen werden. Auch für Kartoffeln ist die Beschränkung der Verwendung zur Spiritusfabrikation in Aussicht genommen.

Der Zusammenbruch Griechenlands.

Die griechische Niederlage in Kleinasien erweist sich für das künstlich aufgeblähte griechische Reich immer mehr als katastrophal, der Zusammenbruch des griechischen Heeres in Kleinasien als vollständig. Schon am 4. September betrug die Beute der Anatolier 910 Geschütze, 1200 Lastautos, 200 Autos, 5000 Maschinengewehre, 450 Wagen Munition, über 40 000 Gewehre; die Zahl der Gefangenen überstieg 20 000 Mann; die Zahlen müssen inzwischen bedeutend gestiegen sein. Nach solchen Verlusten ist an eine Weiterführung des Krieges gegen die Türkei nicht mehr zu denken, weder in Asien noch in Europa.

Die Frage ist nun — so schreibt die N. F. — wie die Türken ihren Sieg gegen die Eindringlinge auszunutzen gedenken. Sehen die Anatolier nach Europa über? Ihre Politik wird durch den sogenannten nationalen Pakt beherrscht, den die regierende Volksversammlung von Angora ausgearbeitet und einstimmig angenommen hat. Darin heißt es, daß die Anatolier nicht eher die Waffen niederlegen dürfen, als bis die von den Vorfahren überkommenen, von türkischer Mehrheit bewohnten Länder wieder unter dem Halbmond vereinigt sind. Als solche Länder werden in Anatolien angesehen Kleinasien bis zur arabischen und kaukasischen Grenze und Thrazien bis zur Mariza mit der alten Hauptstadt der Türkei, Adrianopel. Daß Kleinasien mit dem türkischen Reich nach der Einnahme Smyrnas wieder vereinigt wird, ist heute schon sicher. Der nationale Pakt ist in Asien also der Erfüllung sicher. Anders liegen die Dinge in Europa. Thrazien gehört staatsrechtlich noch zur Türkei; der Friede von Sevres, der es den Türken entreißen sollte, ist nicht genehmigt, ist zerrissen, und nicht allein von den Türken, sondern auch von Frankreich. Die Angoraner verlangen die Rückgabe von Thrazien, mindestens bis zur Mariza; der nationale Pakt ist für sie nicht ein unklarer Nebelball, sondern eine klare Richtschnur für ihr Handeln. Da weder Griechenland, das mit Genehmigung der Verbandsmächte England, Frankreich, Italien in Thrazien starke Truppenmassen hält, mit denen es kürzlich noch Konstantinopel bedrohen wollte, noch die Verbandsmächte, einschließlich Frankreich, freiwillig Thrazien wieder den Türken übergeben werden, so taucht die Frage auf, welche Machtmittel die Anatolier besitzen, um mit Gewalt Thrazien wiederzuerlangen. Der Vormarsch bis an das asiatische Ufer der Meerengen ist un schwer durchzuführen, und militärisch gehört die Ueberführung eines Heeres von 100 000 Mann über die Meerengen nicht zu un lösslichen Aufgaben. Es fragt sich nur, ob die Türkei es machen kann, gegen den Protest Englands den Krieg nach Europa herüber zu verpflanzen. Vermutlich würde sich die Regierung in Angora vor England nicht allzu sehr Reserve auferlegen, wenn nicht der englische Protest vielleicht gegen Frankreichs geheime Wünsche nachdrückliche durch die Proben der übrigen ehemaligen türkischen Gegner in Europa, Rumänien und Jugoslawien. Unter diesen Umständen wird doch wohl

den Türken nichts anderes übrig bleiben, als vor den Toren Konstantinopels Halt zu machen. Um so eher als trotz der türkischen Siege die Regierung von Angora sicherlich ebenfalls ein durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingtes starkes Friedensbedürfnis haben dürfte.

Dazu liegen folgende weiteren Nachrichten vor:

London, 13. Sept. Zwischen den alliierten Regierungen wurden Mitteilungen ausgetauscht bezüglich der allgemeinen Linie der Politik, die befolgt werden soll und es könne angenommen werden, daß keinerlei Abweichung von der allgemeinen Linie der Politik gegenüber der Türkei, wie sie am 1. März auf der Konferenz der Außenminister in Paris festgelegt wurde, stattfinden werde. Es sei bereits durch eine gemeinsame Mitteilung klargestellt worden, daß keinerlei Verletzung der neutralen Zone durch die Kemalisten gestattet werde. Eine Mitteilung über die allgemeine Politik sei nicht notwendig, da diese unverändert bleibe. Bezüglich der vorgeschlagenen Konferenz für den nächsten Osten sei die britische Regierung, obwohl die Notwendigkeit für den Zusammentritt einer solchen Konferenz zu einem baldigen Zeitpunkt anerkannt werde, der Ansicht, daß der Augenblick für irgend eine Erörterung auf der für die Konferenz von Venedig vorgeschlagenen Grundlage nicht günstig sei. Die alliierten Regierungen würden eine Klärung der militärischen Lage abwarten, bevor sie irgend etwas endgültiges über die Art einer allgemeinen politischen Konferenz vorschlägen.

Paris, 13. Sept. Die Note von Lord George wurde am Quai d'Orsay durch den britischen Botschafter, Lord Hardinge, überreicht. Die britische Regierung erklärt darin, daß sie auf die Mithilfe der Alliierten bei der Verteidigung Konstantinopels und der Halbinsel Gallipoli reche. Die britische Regierung schlägt vor, die Aufgabe der militärischen Beziehung für den Augenblick den alliierten Oberkommandierenden in Konstantinopel anzuvertrauen, ohne den noch zu treffenden Entscheidungen vorzugreifen, da die französische Regierung ebenso sehr dem Grundgedanken der Treue der Meerengen treu bleibe wie die britische Regierung.

Der türkisch-griechische Krieg.

London, 13. Sept. Die französische Regierung ließ der englischen Regierung mitteilen, daß sie mit ihr in der Frage der Meerengen einig gehe und daß sie jeder Lösung zustimmen werde, welche die legitimen Ansprüche der Türkei wahre.

London, 13. Sept. Die Küste des Marmarameeres ist nach der Räumung der Griechen von französischen Truppen besetzt worden. In die Zone von Izid wurden zur Verstärkung des englischen Kontingents französische und italienische Abteilungen überwiesen.

London, 13. Sept. Nach einer Meldung aus Athen sind bis jetzt zwei Drittel der griechischen Truppen in Kleinasien eingeschifft und zwar 40 000 in Smyrna, 33 000 in Madania und 30 000 in Erzurum. Es sind jetzt noch 40 000 Mann zu überführen. — Brussa wurde von den Griechen in Brand gesteckt.

London, 12. Sept. Aus dem Innern Kleinasiens in Smyrna eingetroffene Amerikaner und andere Christen berichten, daß die Griechen bei ihrem Rückzugurchbare Grausamkeiten an den Mohammedanern verübt hätten.

London, 12. Sept. Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß bei den türkischen Siegesfeiern an verschiedenen Stellen die Fenster eingeschlagen worden seien, so bei der rumänischen Gesandtschaft, der griechischen Militärkommission, dem französischen Postamt, dem Credit Foncier und der französischen Offiziersmesse. Ein Grieche sei getötet worden.

London, 12. Sept. „Daily News“ melden aus Athen, alles deute darauf hin, daß die Kemalisten den Krieg

am Balkan fortsetzen wollten. Die etwaige Abdankung des Sultans zugunsten des Thronfolgers Abdulla Meschid würde wahrscheinlich den endgültigen Abschluß einer Union zwischen Konstantinopel und Angora bedeuten.

Die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient so wird aus Konstantinopel gemeldet, die bedingungslose Räumung Adrianopels an die Türken und die Räumung Konstantinopels durch die Alliierten.

Paris, 12. Sept. Unter dem aufsehenerregenden Titel „England trifft militärische Vorbereitungen“ veröffentlicht der „Matin“ eine Reutersnote, welche besagt, daß, obwohl die Mehrzahl der englischen Minister von London abwesend sei, die größte Arbeitstätigkeit in englischen Regierungskreisen herrsche. Lloyd George sei ständig mit der Downing Street telefonisch verbunden, ebenso mit dem Kriegsministerium und der Admiralität. Alle Schritte seien im Gange, um eine gemeinsame Politik zwischen Großbritannien und seinen Verbündeten in der Orientfrage herbeizuführen angesichts der Centralität, die sich infolge der türkischen Siege in Kleinasien ereignet. Das englische Außenamt befürchtet gefährliche Verwicklungen, vor allen Dingen ein Einfallen der Türken in Mesopotamien. In demselben Zusammenhang melden Londoner Blätter, zwei englische Kriegsschiffe in Malta hätten Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Konstantinopel bereit zu halten.

Jerusalem, 12. Sept. Gestern wurde die Zeremonie der Proklamierung des britischen Mandates über Palästina abgehalten. Auf die Aufzählung des arabisch-jüdischen Komitees blieben die nicht-jüdischen Geschäfte geschlossen und die Handwerker legten als Ausdruck ihres Protestes die Arbeit nieder.

Parteitag der Badischen Zentrumspartei.

Billingen, 11. Sept. Unter sehr starker Beteiligung aus allen Landesteilen fand gestern hier der Parteitag der Badischen Zentrumspartei statt, den eine in Donaueschingen abgehaltene Hauptauschubssitzung und eine Beiratsung der Bindorfstunde Badens einleitete. Zu Beginn des Parteitages konnte der Vorsitzende der Landespartei, Prälat Abg. Dr. Schöfer über 2000 Delegierte begrüßen. Auch die württembergische Partei hatte Vertreter entsandt. Präsident der Tagung war der frühere Landtagspräsident Dr. Kopf-Freiburg, der zunächst Reichskanzler a. D. Gehrenbach das Wort ergriff, der u. a. ausführte, bei der Rückschau auf die Tätigkeit der Zentrumspartei sei die Mitarbeit am Staat als die größte Tat der Zentrumspartei zu bezeichnen. Heute gebe es keinen andern Weg als den Dienst an der Republik. (Starker Beifall). Die Parteileitung müsse angeklagt werden, weil sie im Jahre 1917 die ausschließlichen Friedensmöglichkeiten vernichtet habe. Die Führer des Landes sollten froh sein, daß sie in aller Stille in einer Villa ihr Abendbrot essen können. Redner trat ein für die Mitarbeit mit der Sozialdemokratie, bei absoluter Verhinderung der sozialdemokratischen Ziele. Die Opposition rechts möge sich besänftigen lassen. Die Zentrumspartei müsse für die Wahrung der föderalistischen Grundlagen eintreten.

Im weiteren Verlauf des Parteitages wurde unter kürzlicher Beifall ein Telegramm des Reichskanzlers Dr. Brüning verlesen, der dem Parteitag seinen Gruß entbot und mitteilte, daß er durch die Verhandlungen mit der belgischen Vertretung in Berlin festgehalten werde. „Wenn wir trenn zusammenrücken und wenn nicht Klasseninteressen uns innerlich zerreißt, werden wir die Einheit des Reiches und damit die Möglichkeit einer neuen Wohlfahrt des deutschen Volkes retten“, heißt es am Schluß des Telegramms, das von dem Parteitag mit dem Gelächter der Treue sofort beantwortet wurde.

Dann verbreitete sich Reichstagsabg. Dieb-Adolf über die Getreidemenge. Er verlangte von den Landwirten sowohl, wie von den Konsumenten, daß sie einander Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Land müsse die Räder der Städte erkennen, in der Preisfrage müsse man aber der Landwirtschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen. — Abg. Dr. Schöfer sprach hiernach über die parlamentarische Arbeit der Reichs- und Landtagsfraktion und Reichsammwalt Dr. Baur-Konstanz über die Bedeutung der Gemeinde- und Kreisräte. — An der Aussprache wirkte Redakteur Dr. Bauer.

daß über das, was das badische Zentrum für die Landwirtschaft getan habe, Aufklärung bis in die letzte Gasse getragen werden müsse.

Finanzminister Köhler erklärte, es sei notwendig, zum Schutze der führenden Männer aus der vor der Zentrumspartei bisher geübten Reserve herauszutreten. Die Notlage der Parteimitglieder sei eine ungewohnte. Bis zu dem gegenwärtigen Stand habe der badische Staat keine Schulden, aber für die nächste Zukunft sei für Kapitalismus kein Platz. Alle Stände müßten sich zu Rechtsleistungen entschließen. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde der bekannte Geheimbericht des Generalstabschefes des 14. A. K. als hohes Verleumdung bezeichnet; der Urheber eines solchen Berichtes könne an der heutigen Regierung nicht mitwirken. Dr. Baur-Konstanz, der diese Ausführungen machte, forderte dann noch mehr aktive Beteiligung der Zentrumspartei bei der internationalen Friedensarbeit. Mit einem dreifachen Hochruf auf das deutsche Vaterland und dem gemeinsam gesungenen Lied „Deutschland über alles“ wurde der Parteitag geschlossen.

Landesjugendtag der demokratischen Jugend.

Baden-Baden, 12. Sept. Am 23. und 24. September hält der Badische Landesverband der Deutsch-Demokratischen Jugend seinen ordentlichen Landesjugendtag ab. Am Samstag nachmittag nach 4 Uhr verläßt je ein Sonderzug Heidelberg und Freiburg mit über 12 000 Teilnehmern. Der Preis der Teilnehmerkarte einschließlich freier Fahrt hin und zurück, freies Übernachten und freien Besuch des Theaters beträgt 70 M. Am Samstag abend findet eine Aufführung von Wilhelm Tell statt. Auf der Jugendtagung am Sonntag werden sprechen Wilhelm Kammern-Berlin, Ernst Kemmer-Wiesbaden, Hans Mühle-Frankfurt, Walter Franke-Freiburg, Walter Würz-Hamburg, Wilhelm Hölzsch-Mannheim und Heinrich Landahl-Hamburg. Am Nachmittag des genannten Sonntag findet eine große vaterländische Kundgebung statt.

Zwei Sonderzüge ab Heidelberg und Freiburg. Theatersaufführung, Fackelzug, Wimpelweihe. Ansprache junger Demokraten aus dem Reich über die Jugendprobleme der Zeit. Leisentliche vaterländische Kundgebung.

Der Badische Landesverband Deutsch-Demokr. Jugend veranstaltet am 23. und 24. September in Baden seinen ordentlichen Landesjugendtag. Samstag vormittag findet die Vertretersitzung der bereits zu diesem Zeitpunkt eingetroffenen Delegierten statt.

Sonntag nachmitt. nach 4 Uhr verlassen je ein Sonderzug Heidelberg und Freiburg und bringen über 12000 Teilnehmer nach Baden-Baden. Der Preis der Teilnehmerkarte einschließlich freier Hin- und Rückfahrt ab Heidelberg, Freiburg (oder Zwickau), freiem Übernachten, freiem Besuch des Theaters, und aller Veranlassungen ist 70 Mark. Abends 7 Uhr findet eine Aufführung von „Wilhelm Tell“ im Stadttheater statt. Anschließend Fackelzug, Holzstoß u. Wimpelweihe.

Am Sonntag vormittag Jugendtagung auf -Hohenbaden mit folgenden Ansprachen:

Wilhelm Kammern (Berlin): „Macht und Recht in der Welt.“

Ernst Kemmer (Wiesbaden): „Jugend, Wirtschaft und Staat.“

Hans Mühle (Frankfurt): „Der junge Deutsche und sein Staat.“

Walter Franke (Freiburg): „Demokratie und Verfassung.“

Walter Würz (Hamburg): „Jugend und Heimat.“

Wilhelm Hölzsch (Mannheim): „Die geschichtliche Aufgabe der demokratischen Jugendbewegung.“

Heinrich Landahl (Hamburg): 1. Wort des Reichsbundes D. D. J.: „Die Jugend und ihre Republik.“

Nachmittags findet eine große öffentliche vaterländische Kundgebung statt, in der bedeutende Führerpersönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft sprechen werden. Anschließend Vertretersitzungen.

Die demokratische Jugendbewegung steht auf dem Boden der Reichsformel und will die junge Generation Deutschlands zu einem bewußten Staatsgefühl auf republikanischer und demokratischer Grundlage empor entwickeln. Der badische Landesjugendtag hat die große Bedeutung dieser Bewegung auch nach außen hin erkennbar gemacht. Für Baden soll nun der kommende Jugendtag ein machtvolleres Bewußtsein freibewährter deutscher Jugend zum republikanischen Vaterlande werden. Die Tagung erhält dadurch besondere Bedeutung, daß die freischichtliche Jugend aus der Pfalz und dem Saarland stark vertreten sein wird. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Badischen Landesverbandes Deutsch-Demokratischer Jugend, Mannheim, P. O. 20, die sich

und Sträucher steckte noch fest in seinen Hüllen, aber die braunen Knospen schimmerten schon lustig im Sonnenlicht, und in der Luft war Weidenknist und Erdgeruch. Die ruhigstehenden Häuser und Schuppen am alten Pariser Bahnhof lachten vergebens ihre Häßlichkeit zu verdecken, und weil ihnen dies nicht gelang, blinkten sie wenigstens mit den Dächern und glitzerten mit den Fenstern. Am Hofen und an den Fleeten roch es kräftig nach Meer. Frisch gestrichene Hüllen und Ewer lagen beschaulich im Sande und ließen sich trocken von seinen Himmelslicht. Selbst der Rauch aus den Fabrikfornsteinen verlag seine Dunkelheit; er schmeckte sich mit goldenen Rändern und zerfloß aufsteigend in Glanz und Duft. In den Linden am Glockengießerwall schwappten die Stare, in den Alleen sah man die Kindermäder mit ihren Pflegeföhlchen, elegante Equipagen fuhren der Wall hinauf über die Lombardsbrücke zur Lukenallee, deren blauchimmerndes Glasbleid mit flirrender Goldstiere überstreu war.

Die gelehten Hamburger Börsenherren rannten heute nicht mit unbedürftlich wichtigen Geschäftsgesichtern über den Rathausplatz, sondern gönnten ihrer Umgebung einen aufrechten, und hübschen Frauen sogar einen bewundernden Blick. So Senator Thode, von Siemens Thode & Co., der immer in seinen hohen Vatermörtern steckte wie eine Mumie in ihrer Gipsbinde und so gravitätisch einbergend, wie ein Marabu im Zoologischen Garten, sahste sein spanisches Robr ganz leichtfertig um die Mitte, als wolle er es schwingen, hob das Kinn drei Achtel Zoll aus den Vatermörtern und sagte zu der alten Vierländerin vor dem Warteaovillon der Wandseeber Werdebahn:

„Stina, einen Weichenstrauß; worauf die Alte die Hände aufammenklug und ausrief:

„Barock! Herr Senator, hebbens mi noch nich vergelten? Vor dörzig Jahren hebbens' taulest Blaumen köst!“

„Dreißig Jahre“ murrte der Senator, „dreißig Jahre, Stina, was bist du old wörn.“ Dann nahm er seinen Strauß, legte einen ganzen Bantaler in den Korb und ging weiter, ohne auf das Weichselgeld zu warten.

Dreißig Jahre! Damals war er ein junger, frischer Kerl ohne Vatermörder und spanisches Robr, ohne eine Frau aus dem reich-n Siemerschens Hause, von den Siemerschens und Lübbes, die die großen Rechenlampen nach England schidten, ohne seine Millionen und die Würde eines Hamburger Senators, und die kleine Stina — — ja, damals war sie noch die kleine vergnügte Stina! Mein Gott, wie konnte sie lachen! —

(Fortsetzung folgt.)

Doch ein Sieger.

Roman von Sophie Klerck.

2) (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet.)

„Eine Dame wünscht Herrn Doktor zu sprechen.“

„Das ist wohl ein Irrtum.“

„Nein, lieber Hans, das ist kein Irrtum. Dein Freund Schmidt schickt mich.“

„Klar! — Was für eine Idee von Schmidt! — Lorenz, nehmen Sie der Dame den Mantel ab. — Aber liebes Kind, steht im Winter die weite Reise.“

„Wofür gibt es Eisenbahnen. — Danke schön, Lorenz; Sie sind der Wärter vom Herrn Doktor, nicht wahr? Leutnant Schmidt hat mir schon von Ihnen erzählt.“

Lorenz strahlte, dienerte und zog sich zurück. War das ein frisches, resolutes Frauenzimmer; das würde seinen armen Herrn schon wieder auf die Beine bringen.

„Daß dich wal anlehen, Hans. Schmalbadig bist du geworden, und der große Bart steht dir nicht. Das Warme, Gültige in deinem Gesicht, was so um den Mund herum liegt, wird ganz dadurch verdeckt. Dein getreuer Knappe könnte dich wohl wal raffen.“

„Also Schmidt schickt dich?“

„Er wedte mein weibliches Mitgefühl, was ihm nicht schwer wurde, weil es sich um dich handelte. Ich hätte mich längst aufgemacht, dich zu suchen, aber kein Mensch wußte, wo du steckst.“

„Selbst schreiben konnte ich nicht. Meinem Vater hab ich aber Nachricht zugehen lassen.“

„So? Ich dachte, ihr korrespondiert gar nicht mehr.“

„Wenn man dem Tode in das Gesicht sieht, ist man leichter geneigt, zu vergeben. — Für alle Fälle hatte ich auch Schmidt gebeten, dir Nachricht zu senden.“

„Du meinst, wenn es schlecht ausgegangen wäre. Klüger wäre es gewesen, wenn du mich längst bezichtigt hättest. Nun werde ich deine Pflege in meine Hand nehmen.“

„Wie denkst du dir die Sache? Fremdenzimmer haben wir hier nicht im Krankenhaus.“

„Darum mach dir keine Sorge. Ich ich zu dir kam, hab ich mich dem Direktor melden lassen. Er war sehr nett. Sie brauchen hier noch Pflegepersonal. Als ich ihm sagte, daß ich in Hamburg seit Ausbruch des Krieges im Krankenhaus gehalten hätte und ein Attest von Dr. Dehnde vorlegte, hat er mich sofort angenommen. Ich hab mir's natürlich zur Bedingung gemacht, daß du meiner besonderen Aufsicht unterstellst.“

„Bist du aufrieben?“

„Vollkommen. Umsichtig und tatkräftig wie immer. Schade, Klärchen, daß du kein Mann geworden bist.“

„Das läßt sich nun mal nicht ändern. Wir beiden haben uns ja auch trotzdem immer ganz gut vertragen. — Jetzt werd ich mir deinen Lorenz suchen und mich von ihm instruieren lassen.“

„Wirklich wurde Marungs Zustand besser, seit Klara, die ihm wie eine Schwester nahestand, sich seiner Pflege annahm. Seit sie ihm abends vorlas. — Werte, die seine Gedanken in Anspruch nahmen, ohne ihn aufzuregen —, ließen die qualvollen Angstträume nach, und der nächtliche Schlaf brachte ihm Erquickung. Mit ihrer klaren, resoluten Art war sie eine Wohltat für ihn. Wenn sie ihm Mut zusprach, es für ganz sicher hielt, daß er in nicht allzu ferner Zeit seinem Beruf wieder nachgeben könnte, begann er selbst daran zu glauben.“

Lorenz aber kam nicht auf seine Kosten. Vergebens spächte er nach irgend einem Zeichen, daß seinem Doktor mit der Kusine etwas „für's Herz“ gekommen sei. Nicht das kleinste Augenspiel, kein heimlicher Händedruck, kein zärtliches Wort war zu erwischen. Und wenn er in die Tür trat, besorgte, ob er auch ein vertrauliches Zusammenstehen störe, immer begrüßte ihn die gleiche Unbefangenheit. „Vielleicht, wenn wir in Hamburg sind,“ dachte er, denn es war doch denkbar, daß das fremde Fräulein die weite Reise für einen Bester gemacht haben sollte, der ihrem Herzen nicht in anderer als verdamnischafflicher Weise nahe stand. Aber die Abreise kam endlich, und Doktor Marung reiste allein mit seinem treuen Pfleger. Klara Levernemann blieb in Köln, wo man ihre Kraft als Pflegerin schätzte.

Zum Mai leben wir uns spätefens in Hamburg, Hans. Ich hoffe, du steckst dann schon wieder am Operationsstisch.“

„Daß dann, daß du gekommen bist, Klärchen; das vergess ich dir nicht.“

„Schon gut, schon gut, mach nur keine Worte. Ein andermal bilfst du mir aus der Tasche. Adieu, Lorenz, passen Sie auf auf den Herrn Doktor. Er ist etwas eigenwillig, aber wenn er nicht gehorchen will, berufen Sie sich nur auf mich.“

„Grüß deinen Freund Schmidt, Hans; das ist ein netter Mensch.“

Das letzte, was Marung sah, als der Zug den Kölner Bahnhof verließ, war die große blonde Mädchenstalt im einfachen Kleid der Pflegerinnen. Frisch und kräftig trotz monatelanger Arbeit in Krankenbetten, aber ein wenig edig und steif, und ohne jenen fraulichen Niedreiz, der das Herz eines Mannes schneller und stärker gefangen nimmt, als alle geistige Tüchtigkeit.

2.

Es war einer von den neun Frühlingstagen, zu denen der März programmäßig verpflichtet ist. Das Grün der Bäume

15. September in Baden-Baden, Seemannstraße 3, bekannt wird.
Aeltere Freunde der demokratischen Jugendbewegung können ebenfalls den Sonderzug zu billigen Preisen benutzen, sowohl für Hin- und Rückfahrt, wie für Einzelfahrt hin oder zurück. Anfragen mit Rückporto an die Geschäftsstelle.

Weitere Schritte zur Bekämpfung der Zeitungsnöte.

Karlsruhe, 13. Sept. Eine größere Abordnung des süddeutschen Zeitungsvereins hatte am Montag dieser Woche Gelegenheit in Karlsruhe mit dem leitenden Direktor des Verbandes deutscher Druckpapierfabriken Direktor Hübler-Berlin eine längere Aussprache über die derzeitige Lage auf dem Zeitungspapiermarkt und die ungeheure Preissteigerung nebst den unbilligen Zahlungsbedingungen zu haben. Die Aussprache hat ergeben, daß die auf beiden Seiten sich befindlichen Schwierigkeiten gegenseitig volle Würdigung finden. Es kann deshalb nur im Interesse beider Teile gelegen sein, daß rasche Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die die jetzige unbillige Lage sofort entspannen. Es ist zu hoffen, daß dies gelingen wird, denn darüber bestand kein Zweifel, daß nur unter Zusammenfassung aller beteiligten Kreise — die Regierung selbstredend eingeschlossen — die Katastrophe für die Zeitungen, die natürlich noch erhebliche weitere Folgen haben dürfte, abgemindert werden kann.

Im Anschluß daran hat sodann eine Abordnung am Dienstag Gelegenheit gehabt, auch dem Präsidenten des badischen Staatsministeriums, Minister Dr. Hummel, erneut die bedrohliche Lage der Zeitungen zu schildern und soweit es in der Mächtigkeit der badischen Regierung liegt, um deren Behebung arbeiten. Dem am Nachmittag in den badischen Vereinen erhaltene. Der Staatspräsident versprach unter voller Würdigung des Ernstes der Lage in der Angelegenheit seine und der badischen Regierung fröhliche Unterstützung angeben zu lassen. Möchten so die allseitigen Schritte endlich die absolut nötige dauernde Hilfe bringen, die aber rasch kommen muß, soll es nicht zu spät sein.

Die Lage des deutschen Gastwirtsgewerbes

Karlsruhe, 13. Sept. Der Badische Gastwirtsverband und der Karlsruher Wirtverein hielt heute vormittag 10 Uhr im Kolosseumsaal eine außerordentliche Versammlung ab, in der der Vorsitzende des Deutschen Gastwirtsverbandes, Herr Köpfer-Berlin in längerer, mit großer Aufmerksamkeit und nicht minder großem Beifall aufgenommenen Ausführungen über die Lage des deutschen Gastwirtsgewerbes sprach. Von der allgemeinen volkswirtschaftlichen Lage der Gegenwart ausgehend, verstand er vor allem die durch die gegenwärtige politische Lage der Angelegenheiten und nicht weniger auch die sich ergebenden moralischen Verpflichtungen des Gastwirtsgewerbes gegenüber der Allgemeinheit zu erheben. Die Sorgen der gegenwärtigen Zeit suchte der Redner zu Beginn seiner Ausführungen mit einem feinen Witz und mit großer Sachkenntnis zusammenfassend als Volksgenossen zu veranschaulichen und mit dem mutig-optimistischen Hinweis darauf, daß das deutsche Volk, wenn es die heutigen Schwierigkeiten überwinden wolle, sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müsse. Wir sind, so führte der Redner aus, ein armes Volk geworden, das seine Rettung nur in Arbeit und Sparsamkeit finden kann. Ein großer Aufgabenteil ist es, sich dem deutschen Gastwirtsgewerbe, das grundsätzlich in zwei Gruppen eingeteilt werden könne: in die Betriebe zur Schaffung der Lebensnotwendigkeiten weicher Teile des Volkes und andererseits zur Schaffung der Lebensnotwendigkeiten der letzteren. Die letzteren hätten oft unter Gebets- und sonstigen Maßnahmen zu leiden, gegen die sich der Redner energisch wandte, indem er darauf hinwies, daß durch die beabsichtigte Verknüpfung der harmlosen Vergnügungen, zu denen er vor allem die Tanzveranstaltungen rechnete, aus öffentlichen Kontrollen der Sozialen nicht ein stichhaltiger Erfolg sondern nur eine Demoralisierung der Jugend erzielt werden könne. Das Ziel müsse sein, freie Männer heranzubilden, die gerade ihrer Freiheit wegen sich selbst beherrschend lernen müssen. In diesem Falle würde auch ganz von selber die Unmoralität ihrer Ende finden. So bekämpfte der Redner die Unmoralität, die unethisch und unehrlich sei. Die Verhältnisse in den Ländern des Mittelmeeres böten genügend Gelegenheit, die Wirkungen einer gemäßigten Änderung der Verhältnisse zu beobachten. Das Gastwirtsgewerbe, das bisher mehr in Verknüpfung seiner beruflichen Verantwortung tatlos dem äußeren Geschehen gegenüberstand, müsse zur Aktivität, zum Kampf gegen die Gegner ihrer Lebensnotwendigkeiten übergehen. Als Hauptzweck und Hauptziel bezeichnete er den Zusammenschluß sämtlicher Berufscollegen im gemeinsamen Reichsverband, dem heute auch fast sämtliche Landes- und Provinzialverbände angehören. Dazu käme die Schaffung einer starken Fachpresse und die Unterstützung der Tagespresse, für deren weiteres Bestehen auch die Regierung nach Kräften beifort sein müsse. Der Redner erntete starken Beifall und bezahlte Dankesworte für seine eifrige Arbeit im Interesse des Gastwirtsgewerbes, die durch verschiedene Ehrennennungen, wie Ernennung zum Ehrenmitglied usw. tatkräftige Befestigung fanden.

Baden und Nachbarstaaten.

Geschworenenliste.

Karlsruhe, 12. Sept. Die Verhandlungen des Schwurgerichts nahmen am 9. Oktober ihren Anfang. Als Geschworene für das vierte Quartal wurden folgende Personen bestimmt: Donatus Weber, Buchdrucker in Forstheim; Adolf Neumer, Fabrikant in Karlsruhe; Karl Eisele, Maschinenmeister in Bruchsal; Karl Fend, Bijouteriefabrikant in Forstheim; Julius Fels, Maschinenfabrikant in Forstheim; Walter Buch, Major a. D. in Eberweier; Robert Scholl, Bijouteriefabrikant, Forstheim; A. Ringauer, Bijouteriefabrikant, Forstheim; W. Westermann, Landw. in Eberweier; F. Däubler, Sattlermeister, Karlsruhe; A. Feiler, Briefträger, Forstheim; A. Blechner, Gymnasialprofessor in Malsau; Joseph Störz, Maler in Eisingen; Ludwig Grimm, Schreiner in Bruchsal; Ludwig Balm, Metzgermeister in Gaggenau; Dr. Leo Uebelohle, Prof. in Karlsruhe; Richard Reiter, Professor in Forstheim; Aug. Treiter, Major a. D. in Karlsruhe; Ewald Schmitt, Verleger der Bruchsaler Zeitung, in Bruchsal; Franz Zaver Kuttlinger, Postinspektor in Baden; Josef Bornum, Landwirt und Bürgermeister in Dettingen; Max Vogel, Gärtnermeister in Baden; Jakob Kernerleber, Maler in Melsau; Heinrich Kolb, Sattlermeister in Ruppelshausen; Emil Hölz, Schneidermeister in Au a. Rh.; Michael Wab, Fabrikantenbesitzer in Durlach; Franz Amann, Maurermeister in Malsau; Josef Beck, Hauptlehrer in Durlach; Max Schloßberger, Großhandlungsmann in Bruchsal; Gustav Erb, Sekretär in Karlsruhe.

Die Märgang der Sterblichkeit in Baden. Auch im Jahre 1921 ist die Sterblichkeit in Baden zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Gestorbenen (ohne Totgeborene) betrug 31.559, das sind 1214 weniger als im Jahre 1920. Unter den Gestorbenen waren 49,8 Prozent männlichen und 50,2 Prozent weiblichen Geschlechts. Hinsichtlich der einzelnen Todesursachen steht im Jahre 1921, wie fast in jedem Jahre, die Altersschwäche an erster Stelle; hieran folgten 3200 Personen, während an Lungenschwindsucht, die an zweiter Stelle steht, insgesamt 2363 Personen gestorben sind. Bemerkenswert ist u. a., daß zwei Personen an Schlafkrankheit und sieben an Gemisshandlungen gestorben sind.

Karlsruhe, 12. Sept. Vom 19. bis 21. September finden hier im Ständehaus die Generalversammlungen des Caritasverbandes und der karitativen Fachverbände (Männervereinigung und Gattinnenvereine, Kleinfrauenvereine und Kinderhilfe, Fürsorgevereine, Mädchenvereine, Hotel- und Gastwirtsangestelltenfürsorge, Frauen- und Fürsorgevereine, Darmstädter Schwestern) statt.

Karlsruhe, 13. Sept. Die Deutschnationale Volkspartei Badens und Abg. Dr. Düringer. Die Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei Badens überfand uns folgende Antwort auf den in der „Badischen Presse“ erschienenen Offenen Brief des Reichstagsabg. Dr. Düringer: Auf den Offenen Brief von Erz. Düringer an mich beschränke ich mich an dieser Stelle zu erwidern: 1. Es ist nicht richtig, daß über Erz. Dr. Düringer, ohne ihn gehört zu haben, geurteilt worden ist. Er hat in der Landesparlamentsversammlung vom 31. Juli ausgiebig Gehörtheit gehabt, sein Verhalten zu begründen und hat davon uneingeschränkten Gebrauch gemacht. Was er damals sagte, ist durch Stenogramm festgehalten worden, und diese Niederschrift lag der Landesparlamentsversammlung, bei der außerdem wohl sämtliche 24 Teilnehmer der Landesparlamentsversammlung anwesend waren, ebenso vor, wie die beiden Artikel Düringers, der durch Z. II. verbrütete und der im „Tag“ erschienene. — 2. Es ist richtig, daß die Anwesenheit von Erz. Düringer am 3. September nicht gewünscht worden ist. Man hatte schon vorzeitig empfunden, daß Erz. Düringer die zur Vorparlamentsversammlung am 31. Juli versammelten Mitglieder auch nicht einen Augenblick allein ließ. Darum hat man ihm wohl den Tag, aber nicht den Raum und die Zeit der Sitzung mitgeteilt. Man unterstellte, daß er die Absicht, die in dieser Form der Einladung lag, verstehen würde, und es so nicht nötig wäre, ihn ausdrücklich um sein Fernbleiben zu ersuchen. 3. Auffallend ist der Nachdruck, mit dem Erz. Düringer betont, daß er einmütig und dringend gebeten worden sei, wieder in die Fraktion einzutreten. Erz. Düringer hat wohl über der verbindlichen Form dieser Bitte die bestimmten Forderungen überhört oder vergessen, die daran geknüpft waren. — 4. Ein erlauchtes Mißverständnis liegt vor, wenn Erz. Düringer schreibt, daß ich ihm von zahlreichen Austritten Mitteilung gemacht haben soll und fährt: „Diese Wähler stehen mir vermutlich innerlich näher“ usw. Ich habe ihm vielmehr darauf hingewiesen, daß die Gefahr einer Abspaltung drohe seitens desjenigen Teils unserer Partei, der ihm von jeher mit mehr oder weniger Vorbehalt gegenüber gestanden ist. Von „zahlreichen Austritten“ konnte ich Erz. Düringer um wenig Mitteilung machen, als Austritte unter Verweisung auf Erz. Düringer damals noch nicht erfolgt und bis jetzt auch nicht der Parteilichung zur Kenntnis kam. — 5. Es ist von unserer Seite niemals bestritten worden, daß nach dem demaligen Stand der Verfassung und Gesetzgebung ein parlamentarischer Mandat auch dann festgehalten werden kann, wenn der Inhaber die Partei wechselt. Darüber aber, was ein Gewählter in solcher Lage zu tun habe, konnten wir uns schon in der Landesparlamentsversammlung am 31. Juli mit Erz. Düringer nicht verständigen. — 6. Der Landesparlamentsrat ist zu seinen Entschlüssen am 3. d. M., ebenso wie der Landesparlamentsrat am 31. Juli ohne jede Einwirkung von Berlin gekommen. Die entgegengelegte Vermutung von Erz. Düringer ist falsch. gez.: D. Mayer, M. d. L., Stellvert. Vorsitzender der Landespartei in Baden.

Manheim, 13. Sept. (Mittwoch.) Der Landesverband der badischen Blecher- und Installateurmeister hielt hier seinen 26. Verbandstag ab, der mit einer Besprechung der Meisterprüfungskommissionen der vier badischen Handwerkskammern für das Blecher- und Installateurhandwerk eingeleitet wurde. Es wird bezweckt, diese Prüfungen in Baden auf eine einheitliche Grundlage zu stellen. Statt einer dreijährigen soll eine fünfjährige Gesellenzeit verlangt werden und die Vorschriften für Meisterstück und Arbeitsprobe sollen umgestaltet werden.

Rehl, 13. Sept. (Städtetag.) Unter lebhafter Beteiligung aus allen Städten des Landes fand am Montag hier der 28. Städtetag des Verbandes der mittleren Städte Badens statt. Das Ministerium des Innern, das Arbeitsministerium und das Ministerium für Kultus und Unterricht hatten ihre Vertretung entsandt, ebenso die Schwesternverbände. Die Versammlung wurde eingeleitet mit dem Jahresbericht des Vorsitzenden des Städtebundes, Bürgermeister Dr. Gugelmeier von Bruchsal, in dem über die vielseitige Tätigkeit des Städtebundes während des letzten Jahres berichtet wurde.

Herbolzheim, 13. Sept. (Protest der Tabakarbeiter.) Hier fand eine von vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten der oberbadischen Tabakindustrie besuchte Protestversammlung statt, die sich gegen die von der Reichsregierung am 30. August erlassene Tabakeinfuhrsperrverord. In verschiedenen Reden wurde die Tabakeinfuhrsperrverord. Von einem Redner wurde ausgeführt, daß von dem gesamten Tabakerwerb im Reich nach Berechnung der 30 Prozent Export die Tabakindustrie noch nicht einmal 1 Prozent verbräuche. Diese winzige Summe sei kein Grund, eine ganze Industrie mit ihren Hilfsindustrien lahm zu legen, zudem das Reich durch Tabakzoll und Steuer im letzten Jahr 4 1/2 Milliarden Mark eingenommen habe. Protest wurde auch eingelegt gegen eine weitere Steuererhöhung der Tabakindustrie. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen und telegraphisch dem Reichswirtschaftsminister übermittelt, in der die sofortige Zurücknahme der Tabakeinfuhrsperrverord. verlangt wird.

Neßkirch, 13. Sept. (Schieberei.) In Hoppetenzell kam es während einer Tanzunterhaltung in einem Gasthof zu einer schweren Schieberei. Der Händler Schwarzberger von Mengen, der durch sein herausforderndes Benehmen den Streit veranlaßt haben soll, erhielt einen Schuß durch den Körper. Die Verletzung ist lebensgefährlich; der Täter ging flüchtig.

Aus Stadt und Bezirk.

Der erste Sonnenstrahl. Nach Regenwochen und spärlichen Temperaturen brachte der Mittwoch wieder den ersten sehnsüchtigen erwarteten, freudig begrüßten Sonnenstrahl. Wenn der Tag auch nicht ganz ohne Regen vorüberzog, die Hoffnung auf eine Besserung der Witterung erfuhr neuen Antrieb. Schließlich erleben wir doch noch einen Altweiber Sommer...

Den Fälligen Reichsbanknoten zu 500 Mark tauschen bereits auf. Den Fälligen fehlen teilweise die Hauptkennzeichen der echten Noten und zwar der rechtsseitig befindliche himmelblau getönte Grund mit den eingewirbelten roten Fingerringen, sowie das auf echten Noten in der Durchsicht gut ersehbare Wasserzeichen. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr mangelhaft nachgemacht.

Schlechtes Wienjahr. Der diesjährige Sommer war den Wienern sehr unglücklich. Während der Hitzeperiode im Frühsommer haben die Pflanzen sehr wenig gehonigt und die zweite Hälfte des Sommers war kalt und naß. Die meisten Wienwirte müssen tüchtig Zuder füttern, um die Vögel über den Winter durchhalten zu können. Die Fütterung mit Zuder ist bei den hohen Zuderpreisen eine sehr kostspielige Sache und man kann deshalb nicht verlangen, daß die Vögelzüchter den Vornig unter dem Ankerpreis abgeben.

Stand der Feldgewächse im September. Nach den amtlichen Feststellungen der Feldgewächse in Baden zu Anfang September 1921 wird festgestellt, daß, nachdem die Ernte der Frühkartoffeln gut ausgefallen ist, auch die Spätkartoffeln einen guten Ertrag versprechen. Allerdings wäre jetzt warmes und trockenes Wetter sehr erwünscht. Alle übrigen Nachfrüchte insbesondere Dürren und Zuderrißen haben sich befriedigend. Die Ernte des Weizenstrohens liefert meistens recht gute Erträge. Klee- und Luzernefelder haben sich durch die feuchte Witterung sehr gebessert und zeigen guten Bestand. Die Aussichten auf reichliches Herbstfutter sind überall sehr günstig. Der Tabak hat in manchen Bezirken Mittelbadens durch Hagelschlag gelitten. Die Späternte wird der Qualität nach fast ausnahmslos als sehr gut bezeichnet. Die Reben haben Sonneneinstrahlung unbedingt notwendig.

Zusammenschluß der Kriegsbeschädigtenorganisationen. Der Deutsche Bund der Kriegsbeschädigten, Stuttgart, der Bund Deutscher Kriegsbeschädigter in Hamburg, die Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter Deutschlands in Berlin und der Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter in Leipzig haben sich zu einer gemeinsamen Organisation vereinigt, die vom 1. November 1921 ab den Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Sitz Berlin, bildet.

Bemessung der Geldstrafen. Das bad. Justizministerium hat an die Gerichte und an die Staatsanwaltschaften einen Erlass gerichtet, der die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Strafverfahren zum Gegenstand hat. In dem Erlass wird darauf hingewiesen, daß die Geldentwertung und die Preissteigerung zu einer ständigen Erschwerung der Wirtschaftslage fast aller Kreise des Volkes führt und daß deshalb bei der Bemessung und Vollstreckung gerichtlicher Strafen jede mögliche und mit dem Strafzweck vereinbare Rücksicht genommen werden muß. Dies hat namentlich bei solchen Personen zu gelten, denen die Sorge für den Unterhalt von Angehörigen obliegt. Je nach Lage der Umstände soll Strafaufschub oder Strafunterbrechung gewährt werden. Die Gerichte haben diesen Gesichtspunkten in welchem Umfang Rechnung zu tragen.

Vermischtes.

Menschenverluste beim Untergang der „Hammonia“. Aus Vigo wird gemeldet: Der Schiffbruch des deutschen Dampfers „Hammonia“ sei darauf zurückzuführen, daß die Läden der Kohlenräume schlecht geschlossen waren und infolgedessen Wasser in das Schiff einbrang. Als der Kapitän sich davon überzeugt hatte, daß eine Bekämpfung des eindringenden Wassers unmöglich war, feuerte er das Schiff nach Vigo und forderte drahlös Hilfe. 70 Meilen von Vigo sank der Dampfer. Die ersten zu Wasser gelassenen Boote schlugen u., dabei sollen etwa 50 Personen ertrunken sein.

Die Befürchtung, die man bereits gestern hatte, daß bei dem Untergang des deutschen Dampfers „Hammonia“ zahlreiche Menschen ums Leben gekommen seien, wird durch die Erklärung des Kapitäns des englischen Dampfers, der als erster auf dem Schauplatz des Unglücks eintraf, bestätigt. Dieser Dampfer ist in Southampton mit 350 aufgestellten Passagieren der „Hammonia“ gelandet. Der Kapitän hat erklärt, daß ungefähr 50 bis 60 Personen dabei umgekommen seien und daß man bereits, als sein Dampfer auf der Unglücksstelle eintraf, Leichen auf dem Meere schwimmen sah.

Der Zusammenschluß von S.P. und U.S.P. Die Verhandlungen zwischen den Parteivorständen der S.P.D. und der U.S.P.D. sind vorläufig abgeschlossen. Laut „Germania“ hat das Aktionsprogramm bei den lokalen Parteioptionen der S.P.D. fast allgemein zustimmende Aufnahme gefunden.

Bayern und die Feuerungsfrage. Der bayerische Ministerrat hat unter Zuziehung von Vertretern aller Berufsstände die Feuerungsfrage besprochen. Minister Eugelehofer stellte fest, daß die Brotgetreideernte in Bayern eine gute Durchschnittsernte sei und die Versorgung für dreiviertel Jahre ausreiche. Von der bayerischen Regierung werde die vollständige Einbringung des Umlagegetreides betrieben, jedoch zu einem angemessenen erhöhten Preis.

Das letzte Oberammergauener Passionsspiel ist auf den 25. September angesetzt. Der Bürgermeister von Oberammergau teilte mit, daß der Andrang zu den letzten Spielen geradezu beängstigend ist.

Der teure Völkerverbund. Nicaragua soll nach amerikanischen Nachrichten beabsichtigen, seinen formellen Austritt aus dem Völkerverbund zu erklären, weil es nicht mehr instande sei, seinen Anteil an den Unkosten zu tragen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Mittwoch in Frankfurt 1588 Mk., in Berlin 1598 Mk. in Geld, bzw. 1591,60 Mark und 1602 Mark in Brief.

100 Schweizer Franken kosteten in Frankfurt 29 870 Mark, in Berlin 30 087 Mark.

100 holländische Gulden wurden mit 61 138 Mk. und 61 922 Mk. bezahlt.

100 österreichische Kronen galten 1,95 Mk. bis 2,03 Mk.

Mutmaßliches Wetter.

Zunächst wird trotz des Auftretens des Niederdrucks im Westen das trübe, mäßig kühle Wetter anhalten, aber der Niederschlag aufhören. Für Donnerstag und Freitag ist mäßig kühles, teilweise nebliges Wetter zu erwarten.

